

NEWSLETTER  
**FRANK JAHNKE**  
FÜR SIE. FÜR CHARLOTTENBURG.



SPD

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin  
September 2018

Aus dem Inhalt:

Editorial	1
<i>Unternehmensbesuche</i> Ein Besuch bei den Berliner Wasserbetrieben	2
<i>Berufliche Bildung</i> Der Lehrbauhof in Marienfelde	3
<i>Wirtschaft</i> Neue Studie zu Hartz IV	4
<i>Mein aktueller Ausstellungstipp</i> »1968 – Berlin-Charlottenburg, Zentrum der Revolte« – zwei Ausstellungen im Bezirk	6
<i>Persönlichkeiten</i> Stabwechsel bei den Berliner Philharmonikern	7
Terminvorschau	8
Weitere Informationen	8



Ein Blick in den Plenarsaal des schottischen Parlaments in Edinburgh.  
Foto: Frank Jahnke

Liebe Leserinnen und Leser,

ziemlich heiße Sommerwochen in Berlin liegen hinter uns. Ich konnte im Juli der Hitze aber auch mal für eine Woche entkommen, die ich im eher regnerischen Schottland verbrachte. Für einen Parlamentarier aus Berlin ist es ja durchaus interessant, ein ziemlich anders geartetes parlamentarisches System zu erleben, das es in dieser Form auch erst seit knapp zwanzig Jahren wieder gibt.

Das ursprüngliche Parlament in Edinburgh wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufgelöst, und die Musik spielte fortan politisch auch für Schottland nur noch in London. Erst Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts erhielt Schottland unter der Regierung von Tony Blair wieder ein eigenes Parlament mit begrenzten Befugnissen. Ein neues Parlamentsgebäude wurde 2004 eröffnet. Ich habe es besucht und auch interessante Gespräche mit schottischen Parlamentariern geführt.

Eine politische Erfahrung ganz anderer Art machte ich in Edinburgh aber auch im Zusammenhang mit dem Besuch von Donald Trump in Großbritannien. Nachdem er schon in London nicht nur die Linke gegen sich aufgebracht hatte, sondern auch konservativste Kräfte, da er – wie eine Boulevardzeitung in dicken Schlagzeilen titelte – die Premierministerin brüskiert, das Land beleidigt, die Queen in Verlegenheit gebracht und dann auch noch in Siegerpose in Winston Churchills Lehnstuhl Platz genommen hatte (!), kam er nun zum Golfspiel nach Schottland. Ein riesiger Demonstrationzug durch Edinburgh war die Folge, auf dem Plakate mit Aufschriften wie »Stop Trump« oder »American Idiot« getragen wurden. Die viel beschworene »Special Relationship« zwischen Großbritannien und den USA wird durch Trump jedenfalls auf eine harte Probe gestellt.

Schöne Spätsommertage wünscht

Ihr/Euer

## Ein Besuch bei den Berliner Wasserbetrieben

*Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge der Stadt. Aus diesem Grund haben wir in der SPD-Fraktion auch jahrelang dafür gekämpft, den Fehler der Teilprivatisierung dieses Unternehmens aus den neunziger Jahren zu revidieren und die Wasserbetriebe wieder vollständig in Landeseigentum zu überführen. Dies ist in der vorigen Legislaturperiode trotz des hinhaltenden Widerstandes unseres damaligen Koalitionspartners CDU und den Gegenstimmen aus der Opposition auch gelungen. Längst sind die Berliner Wasserbetriebe wieder ein rein kommunales Unternehmen in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts, aufgeteilt in die Bereiche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.*

Die in Zeiten der privaten Anteilseigner stark überhöhten Preise für Trinkwasser wurden nach der Rekommunalisierung gesenkt, im zweiten Schritt wurde auch eine Senkung der Abwassergebühren vollzogen, und die weitere Preisstabilität ist nun das Ziel. Wie Jörg Simon, Vorstandsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe, beim Besuch des Wirtschaftsausschusses im Klärwerk Waßmannsdorf hervorhebt, ist dies durch drei Faktoren ermöglicht worden: Einem teilweisen Gewinnverzicht des Landes Berlin, einem gestiegenen Geschäftsvolumen aufgrund der wachsenden Stadt sowie Effizienzsteigerungen. Zugleich konnten aber die dringend notwendigen Investitionen in Netz und Anlagen auf rund 400 Mio. € jährlich gesteigert werden.



Auf der Baustelle zur Erweiterung des Klärwerks mit Bereichsleiterin Abwasser, Ulrike Franzke (Bildmitte) und dem Vorstandsvorsitzenden der BWB, Jörg Simon (links).  
Foto: Torsten Hofer

Das Klärwerk Waßmannsdorf befindet sich schon auf Brandenburg Gebiet in der Ge-

meinde Schönefeld, dient aber der Abwasserentsorgung für den Berliner Süden und Südwesten. Nach dem Klärwerk Ruhleben, das die westliche Innenstadt und den gesamten Nordwesten entwässert, ist Waßmannsdorf das zweitgrößte von sechs Klärwerken der BWB. Insgesamt 262 Mio. Kubikmeter Abwasser sind in Berlin jährlich zu verarbeiten – bei einem jährlichen Trinkwasservolumen von 205 Mio. Kubikmetern. Die Differenz erklärt sich durch die Entwässerung der Berliner Straßen nach Regenfällen.



Der im Klärwerk herausgefilterte Schlamm wird in sog. Faultürmen weiter verarbeitet.  
Foto: Frank Jahnke

Durch die Vermengung von Regenwasser mit den Abwässern aus Haushalten und Unternehmen entsteht Mischwasser, das ebenfalls gereinigt werden muss, bevor es in Gewässer eingeleitet werden kann und über einen langen Zeitraum durch Versickerung wieder in den Frischwasserkreislauf gelangt. Im Klärwerk Waßmannsdorf wird derzeit kräftig investiert, um weitere Anlagen für die Verarbeitung des Mischwassers zu erstellen. Zusätzlich wird es dann auch möglich sein, die hierbei anfallenden Schlämme gleich vor Ort weiter zu verarbeiten und durch Verbrennung thermisch sowie zur Stromerzeugung zu nutzen. Bisher müssen diese Schlämme noch per LKW zur Weiterverarbeitung nach Ruhleben verbracht werden.

Wie Ulrike Franzke, Leiterin des Bereichs Abwasserentsorgung bei den Berliner Wasserbetrieben, hervorhebt, spielt auch die Digitalisierung eine zunehmend wichtige Rolle, insbesondere bei der Steuerung der 162 Pumpwerke. Hierdurch wird ein variables Regenwassermanagement ermöglicht, das auf regional unerwartet stark anfallende Wassermengen reagiert und die Abwässer optimal auf die Klärwerke verteilt – gerade in Zeiten des Klimawandels eine besondere Herausforderung. Die Wasserbetriebe sind auch Partner der Klimaschutzvereinbarung 2016-2025 mit dem Land Berlin und versuchen die Kohlendioxidbelastung durch Wärmenutzung aus Abwasser und eigene Stromerzeugung zum Betrieb der Anlagen zu reduzieren.

## Der Lehrbauhof in Marienfelde

*Die duale Berufsausbildung, bestehend aus einem berufspraktischen Teil im Ausbildungsbetrieb und einer begleitenden Berufsschule, wie sie in Deutschland und Österreich traditionell betrieben wird, stellt international eine Besonderheit dar.*

Kritiker wenden häufig ein, dass die Jugendlichen im Privatbetrieb oft nicht adäquat ausgebildet, sondern als billige Arbeitskraft eingesetzt würden, und dass in wirtschaftlich prekären Zeiten das Ausbildungsplatzangebot seitens der Unternehmen ohnehin zu gering sei. Andererseits liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland gerade auch infolge dieses Systems deutlich niedriger als in anderen europäischen Ländern und eine Weiterbeschäftigung der fertig ausgebildeten Lehrlinge im Betrieb ermöglicht einen idealen Berufseinstieg.



Besuch unserer Delegation auf dem Lehrbauhof. Von links nach rechts: Lars Düsterhöft, Maja Lasić, Barbara Loth, Dr. Manja Schreiner, Gerrit Witschaß, Frank Jahnke.

Foto: Lehrbauhof Berlin

Schwachstelle des dualen Berufsausbildungssystems ist neben der Konjunkturabhängigkeit allerdings die häufig mangelnde Möglichkeit gerade kleinerer Unternehmen, eine vollumfängliche Berufsausbildung zu gewährleisten. An dieser Stelle kommt das Konzept der Verbundausbildung ins Spiel, bei der durch Bündelung von Ausbildungskapazitäten gemeinsam geleistet werden kann, was dem Einzelunternehmen nicht möglich ist. Oftmals erwies sich jedoch in der Praxis das Etikett »Verbundausbildung« als Umschreibung für einen Ausbildungsersatz, der eher eine Warteschleife darstellte und zu keinem in der Wirtschaft wirklich akzeptierten Berufsabschluss führte.



Werkstatt der Zimmerleute.

Foto: Frank Jahnke

Ein Ort, an dem die Verbundausbildung bereits seit sechs Jahrzehnten erfolgreich praktiziert wird, ist der Lehrbauhof der Fachgemeinschaft Bau in Marienfelde. Was in anderen Branchen von IHK und Arbeitgeberverbänden vehement bekämpft wird, eine umlagefinanzierte Berufsausbildung, wird von der Bauwirtschaft hier ganz selbstverständlich durchgeführt. Von den 19 Berufen, die das Bauhauptgewerbe kennt, sind am Lehrbauhof zehn Berufe vertreten. Maurer und Zimmerleute werden hier ebenso ausgebildet wie Straßen- und Kanalbauer oder Trockenbaumonteure. Neue Technologien, die im kleinen Ausbildungsbetrieb vielleicht noch nicht verfügbar sind, finden am Lehrbauhof Eingang in die Ausbildung. Bei den Stuckateuren hat die Ausbildung auch eine durchaus künstlerische Komponente.



Hier werden Maurer ausgebildet.

Foto: Frank Jahnke

Etwa 700 Auszubildende aus 172 Betrieben absolvieren derzeit am Lehrbauhof einen Teil ihrer betrieblichen Ausbildung im dualen System. Es werden auch Jugendliche im Rahmen des Berliner Ausbildungsplatzprogramms ausgebildet, die keinen betrieblichen Ausbil-



dungsplatz gefunden haben, allerdings dann auch eine deutlich geringe Vergütung erhalten. Der Lehrbauhof beteiligt sich außerdem am ARRIVO-Programm der Handwerkskammer Berlin und des Berliner Senats zur Ausbildung von geflüchteten Jugendlichen. Gemeinsam mit der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Maja Lasić, dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher Lars Düsterrhöft und der Vorsitzenden des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit der Berliner SPD, Barbara Loth, besuchte ich im August den Lehrbauhof, um die verschiedenen Aspekte der beruflichen Bildung vor Ort zu diskutieren.



In der Stuckateur-Werkstatt. Vorne links im Bild Gerrit Witschaß, Leiterin des Lehrbauhofs, in der Bildmitte Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der FG Bau. Foto: Lehrbauhof Berlin

Die Leiterin des Lehrbauhofs, Gerrit Witschaß, und die Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau, Dr. Manja Schreiner, führten uns durch die verschiedenen Gewerke, diskutierten mit uns die weiteren Perspektiven der Beruflichen Bildung im Baugewerbe und darüber hinaus. Thema waren außerdem konkrete Problemfälle und die Lösungsmöglichkeiten der Berliner Politik.



## Neue Studie zu Hartz IV

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat eine neue Studie über Hartz IV herausgegeben, die über die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt informiert.*

Seit der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe 2005, die unter dem Namen »Hartz IV« berühmt und berüchtigt wurde, reißt die Debatte über die Gerechtigkeitsprobleme dieser Reform nicht ab. Zahlreiche Wahlanalysen kommen nicht erst seit 2017 zu dem Ergebnis, dass diese Reform wie ein Mühlstein am Hals der SPD hängt. Die Probleme hier sind vielfältig und keineswegs auf die Fragen der Versorgungshöhe bzw. der Sanktionierung zu beschränken. Die neue Studie des DIW Berlin gibt über diese Fragen keinen Aufschluss, aber sie unterrichtet über die aktuelle Entwicklung.



Die aktuelle DIW-Studie zu Hartz IV. Foto: Dierk Spreen

Die gute Nachricht ist, dass die Arbeitslosigkeit unter den Hartz-IV-Empfängern (=Arbeitslose aus dem Rechtskreis des SGB II) insbesondere seit dem Frühjahr 2016 schneller zurückgegangen ist, als unter jenen Arbeitslosen, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen (=Arbeitslose aus dem Rechtskreis des SGB III). »Die meisten jugendlichen und erwachsenen Bedürftigen sind nicht arbeitslos.« (S. 722) Das ist insofern erstaunlich, als dass arbeitslose Hartz-IV-Empfänger im Schnitt schlechter qualifiziert sind als »normale« Arbeitslose. »Dabei spielt möglicherweise eine Rolle, dass sich entgegen des zuvor bestehenden, langfristigen Trends in jüngerer Zeit die Beschäftigungsstruktur hin zu einfachen Tätigkeiten verschoben hat.« (S. 725, auch S. 726)

Leider wird diese an sich gute Nachricht durch das zweite Hauptergebnis der Studie konterkariert. Die Zahl der Hartz-IV-Leistungsempfänger stagniert seit 2011 und liegt damit in etwa konstant bei knapp unter 6 Millionen. Das liegt daran, dass viele Hartz-IV Empfänger zu wenig verdienen bzw. prekär beschäftigt sind und daher »aufstocken« müssen. Trotz Einführung des Mindestlohns ist der Monatsverdienst im unteren Lohnsegment in etwa gleich geblieben, da hier die Arbeitszeit zurückgegangen ist (DIW-Wochenbericht 27/ 2018, S. 600). ZEIT online (2.5.2018) zufolge, sind beinahe 10 Prozent der deutschen Haushalte (sog. »Bedarfsgemeinschaften«) von Hartz IV betroffen. Immerhin ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen stetig gesunken.

Interessant ist auch die Rolle der Zuwanderung. Seit 2016 lassen sich zwei Trends feststellen, nämlich einerseits eine absolute sowie anteilmäßige Zunahme von ausländischen Staatsangehörigen unter den erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern und andererseits seit 2007 ein stetiger Rückgang bei den deutschen Staatsangehörigen. Ende 2017 stellten »Personen mit einem Migrationshintergrund (erste und zweite Generation) nach einer Erhebung der Bundesagentur für Arbeit 56 Prozent aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.« (S. 721)



Wie soll man diese Zahlen interpretieren? Die Studie selbst weist vor allem auf zwei Punkte hin. Erstens zeigen die Zahlen, dass Hartz IV sich immer mehr zu einem System der sozialen Unterstützung entwickelt und immer weniger ein System der Jobvermittlung darstellt. Zweitens könnte eine Reform von Hartz IV sich nicht allein auf die Langzeitarbeitslosen konzentrieren, da deren Zahl abnimmt.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass eine Rückkehr zum alten System aus Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Alternative zu Hartz IV sein kann. In Bezug auf die aktuelle Diskussion über die Sanktionen der Jobcenter,

führt der Autor der DIW-Studie an, dass für eine Unterstützungsleistung doch eine Gegenleistung erwartet werden könne. Dass man erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern eine Arbeitsstelle garantieren kann – das ist einer der Kerngedanken des von Michael Müller vorgeschlagenen Solidarischen Grundeinkommens (SGE) – nimmt aber genau hierauf Rücksicht.

Zudem stellt Hartz IV eine Existenzsicherung am Existenzminimum dar: Wenn man also meint, hier kräftig kürzen zu können – unabhängig vom Alter –, was sagt das über unsere Gesellschaft dann aus?

Es muss daher ein besseres Anreizsystem her. Denkbar wäre zum Beispiel ein Kombisystem aus einer fraglosen Grundsicherung

und einem Belohnungs- oder Punktesystem zur Unterstützung der Eigeninitiative zum Zwecke der Arbeitsaufnahme. Die staatliche Inanspruchnahme von individuellen Gegenleistungen wird zudem durch das SGB II selbst konterkariert, weil man die sogenannten »Bedarfsgemeinschaften« eingeführt hat, was nichts anderes heißt, als dass unbeteiligte Dritte in das behördliche Sanktionssystem hineingezogen werden.

Auch die Qualifizierung und Integration von anerkannten Asylbewerbern muss vorangetrieben werden, damit diese nicht im Sozialsystem hängen bleiben. Hartz IV muss endlich zu einem akzeptierten und menschenwürdigen System der Sozialunterstützung umgebaut werden. Es muss bessere Angebote für erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger geben, wie sie Michael Müllers Vorschlag vorsieht.

#### Quellen:

Neue DIW-Studie:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.596505.de/18-34-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.596505.de/18-34-1.pdf)

Mindestlohn:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.593455.de/18-27-3.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.593455.de/18-27-3.pdf)

Hartz-IV-Haushalte:

<https://www.zeit.de/2018-04/arbeitsmarkt-hartz-iv-arbeitslosigkeit-statistik>

**»Man muss zur Kenntnis nehmen, dass jenseits der Erfolge der Agenda-Reformen es auch 15 Jahre danach keine gesellschaftliche Akzeptanz für Hartz IV gibt.«**

Michael Müller  
morgenpost.de, 18.3.2018



## »1968 – Berlin-Charlottenburg, Zentrum der Revolte« – zwei Ausstellungen im Bezirk

*Das Jahr 1968 war in letzter Zeit schon mehrmals Thema in diesem Newsletter. Im Mai 2018 fand auch ein »Charlottenburger Gespräch« zu den Voraussetzungen und Folgen der 68er Revolte mit Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker statt. Hierbei wurden die weltumspannenden Zusammenhänge deutlich, die vom Protest in den USA gegen die Fortsetzung des Vietnamkrieges, über die Pariser Mai-Unruhen bis hin zum »Prager Frühling« und dessen Niederschlagung im August 1968 reichten.*

Doch auch Berlin war eines der Zentren der Revolte, genauer gesagt der Westteil Berlins, wo sich im Gegensatz zum Ostteil der Stadt Proteste manifestieren konnten. Und wie so vieles im damaligen West-Berlin fokussierten sich auch die politischen Ereignisse der Jahre 1967/68 auf Charlottenburg, den zentralen Innenstadtbezirk West-Berlins. Hier fand in der Bismarckstraße vor der Deutschen Oper die Demonstration gegen den Schah statt, in deren Verlauf Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde. In der TU Berlin tagte im Februar 1968 die »Vietnamkonferenz«, und am Kurfürstendamm wurde zu Ostern 1968 das Attentat auf Rudi Dutschke verübt.



Die Open-Air-Ausstellung am Joachimsthaler Platz.

Foto: Dierk Spreen

Charlottenburg war in den sechziger Jahren auch der »Szene-Bezirk«, wo sich das kulturelle und studentische Leben West-Berlins konzentrierte, wo zahlreiche Clubs mit den damals neu aufkommenden Liedermachern aufwarteten und bekannte Kneipen Raum für politische Diskussionen bis spät in die Nacht

boten. Die legendäre »Kommune 1« war zumindest zeitweise auch am Stuttgarter Platz in Charlottenburg ansässig. Demonstrationen fanden natürlich ebenfalls bevorzugt rund um den Kurfürstendamm statt.



Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz bei der Ausstellungseröffnung in der Villa Oppenheim. Im Hintergrund sitzend (1. von links) Gretchen Dutschke-Klotz.

Foto: Frank Jahnke

Diese Ereignisse sowie die wichtigsten Protagonisten der damaligen Studentenbewegung sind auf mehr als 30 eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Bildern des Fotografen Klaus Mehner aus den Jahren 1967-1970 in der Villa Oppenheim zu sehen. Zugleich zeigt das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf eine Open-Air-Ausstellung auf sechs Litfaßsäulen am Joachimsthaler Platz, auf denen die wesentlichen Ereignisse jener Zeit dargestellt sind. Beide Ausstellungen sind noch bis zum 23. September zu sehen.



Gretchen Dutschke  
1968 – Worauf wir stolz sein dürfen  
220 Seiten  
1. Aufl. 2018  
22,00 €  
kursbuch.edition

ISBN 978-3-96196-006-4

Als ergänzende Lektüre sei das neue Buch von Gretchen Dutschke-Klotz mit dem Titel »1968: Worauf wir stolz sein dürfen« empfohlen. Die Witwe Rudi Dutschkes ist eine wichtige Zeitzeugin, die im Zentrum der damaligen Ereignisse stand. Sie zog nach dem Tod ihres Mannes zurück in ihre amerikanische Heimat nach



Massachusetts, aber lebt nun bereits wieder seit etlichen Jahren in Berlin. Bei der Ausstellungseröffnung in der Villa Oppenheim war sie zugegen.

»Momentaufnahme – Fotografien von Klaus Mehner 1967-1970« in der Villa Oppenheim, Schloßstraße 55, 14059 Berlin. Di – Fr, 10 – 17 Uhr, Sa, So, feiertags 11-17 Uhr, Eintritt frei

Sechs Litfaßsäulen am Joachimsthaler Platz, Kurfürstendamm (beides bis 23.09.2018)

## Persönlichkeiten

### Stabwechsel bei den Berliner Philharmonikern

*Nach 16 erfolgreichen Spielzeiten beendete der britische Dirigent Simon Rattle in diesem Sommer seine Tätigkeit an der Spitze der Berliner Philharmoniker.*

Begonnen hatte die Ära Simon Rattles als Chefdirigent in Berlin im September 2002 mit einer Aufführung von Gustav Mahlers 5. Sinfonie – und das Werk dieses Komponisten zog sich wie ein roter Faden durch Rattles Amtszeit. Zugleich zeigte er sich aber auch immer wieder offen für Neues, so dass manch altgediente Berliner Konzertbesucher und Besucherinnen schon stöhnten, man müsse sich den Mahler oder Beethoven in der zweiten Konzerthälfte oftmals durch ein sehr modernes Programm vor der Pause »hart verdienen«.



Im Gespräch mit Simon Rattle nach seinem Abschiedskonzert bei den Berliner Philharmonikern im Juni.

Foto: Kirsten Seidlitz

Simon Rattle ebnete aber nicht nur jungen Komponisten den Weg, sondern legte gleich-

zeitig viel Wert auf die breite Ausbildung musikalischer Talente. Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit in Berlin rief er das Programm »Zukunft@Bphil« ins Leben und arbeitete auch viel mit Berliner Schulklassen.

Mit den Berliner Philharmonikern dominierte Simon Rattle nicht nur das Konzertleben in der Hauptstadt, sondern war mit dem Orchester auch in fast allen Teil der Welt auf Tournee und trug so zu Berlins internationalem Ruf als Kulturmetropole entscheidend bei. Hiervon gibt es hervorragende Konzertschnitte auf CD, Video sowie in der von Rattle initiierten »Digital Concert Hall«.

Nun hat Simon Rattle das Zentrum seiner Dirigententätigkeit wieder auf die britische Insel verlagert, wo er vor über 40 Jahren in der kleinen englischen Küstenstadt Bournemouth als Assistenzdirigent begonnen hatte, anschließend in seiner Heimatstadt Liverpool und zugleich beim »BBC Scottish Symphony Orchestra« tätig war, ehe er Chefdirigent des neu gegründeten »City of Birmingham Symphony Orchestra« wurde. Mittlerweile ist er in der britischen Hauptstadt angekommen, leitete bereits parallel zu seiner letzten Berliner Saison seit September 2017 das »London Symphony Orchestra«. Privat bleibt Simon Rattle jedoch in Berlin, wo er mit seiner dritten Frau, einer tschechischen Mezzosopranistin, und ihren drei gemeinsamen Kindern lebt.



Kirill Petrenko bei seinem Konzert zur Saisoneröffnung 2018/19 mit den Berliner Philharmonikern.

Foto: Frank Jahnke

Die Stabübergabe an den vom Orchester bereits 2015 gewählten Nachfolger Kirill Petrenko erfolgt nicht ganz nahtlos, da dieser noch als Generalmusikdirektor der Bayerischen Staatsoper in München verpflichtet ist. Doch die Berliner Philharmoniker eröffneten die neue Spielzeit 2018/19 bereits unter der Leitung ihres designierten Chefdirigenten. Mit der Aufführung von »Don Juan« sowie »Tod und Verklärung« von Richard Strauss und vor allem einer hervorragenden Interpretation

der 7. Sinfonie Ludwig van Beethovens lieferte Kirill Petrenko ein überzeugendes Debüt seiner künftigen Aufgabe als Chefdirigent der Berliner Philharmoniker, die er in einem Jahr offiziell übernehmen wird. Gearbeitet hat Petrenko seit 2006 schon gelegentlich mit dem Orchester und wird in der laufenden Saison auch sukzessive stärker in Berlin präsent sein. Ein Unbekannter ist der 1972 im sibirischen Omsk geborene Dirigent hierzulande ohnehin nicht, stand er doch bereits von 2002 bis 2007 als Generalmusikdirektor an der Spitze des Orchesters der Komischen Oper Berlin.

Im Unterschied zu Simon Rattle, der zwar gar nicht schlecht Deutsch verstand und bei seinem letzten Waldbühnenkonzert im Juni auch seine Ansagen durchgängig in deutscher Sprache machte, ansonsten aber stets in seiner vertrauten Muttersprache Englisch arbeitete, verwendet Petrenko bevorzugt die deutsche Sprache. Bereits als 18-jähriger ist er mit seiner Familie aus Russland nach Voralberg in Österreich ausgereist und hat seine Dirigentenausbildung in Wien erfahren, ehe er an der dortigen Volksoper sowie weiteren Stationen in Meiningen, Dresden, Berlin und München viel im deutschen Sprachraum tätig war – ungeachtet weiterer Engagements in London, New York, Paris und Florenz.

## Terminvorschau

- |               |  |
|---------------|--|
| 6. September  | 18-19 Uhr,<br>Bürgersprechstunde<br>Frank Jahnke, MdA,<br>in der <i>Goethe15</i>   |
| 8. September  | 11-13 Uhr,<br>Mobile Bürgersprechstunde mit der Abteilung 72 in der Otto-Suhr-Alle/Ecke Richard-Wagner-Str.  |
| 8. September  | 14:30-18:30 Uhr,<br>Lietzenseefest der SPD<br>Charlottenburg-<br>Wilmersdorf,<br>Lietzenseepark auf der Schillerwiese, Zugang Kaiserdamm / Ecke Witzlebenplatz |
| 19. September | ab 17 Uhr,<br>Tür-zu-Tür-Gespräche in der Niebuhrstraße  |

- |               |   |
|---------------|---|
| 25. September | 17-18 Uhr,<br>Rechtsberatung in der <i>Goethe15</i> durch RA Alexander Rudolph.<br>Anmeldung erbeten  |
| 26. September | ab 19 Uhr,<br>Sportpolitischer Dialog der SPD-Fraktion Berlin:<br>Wetten, Lotto, Steuergeld – Die Zukunft der Sportfinanzierung, mit Dennis Buchner, Fraktions-Sprecher für Sport<br>Abgeordnetenhaus Berlin, Raum 304,<br>Anmeldung unter <a href="mailto:dennis.buchner@spd.parlament-berlin.de">dennis.buchner@spd.parlament-berlin.de</a> |
| 9. Oktober    | 18-19 Uhr,<br>Bürgersprechstunde<br>Frank Jahnke, MdA,<br>in der <i>Goethe15</i>  |

# Goethe 15 fünfzehn

## Weitere Informationen

- zu meiner Tätigkeit finden sich auf meiner Homepage: [www.frank-jahnke.de](http://www.frank-jahnke.de)
- zur Arbeit der Abgeordnetenhausfraktion auf: [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de)



Jederzeit stehe ich nach Terminvereinbarung gerne für ein Gespräch zur Verfügung:

- Tel.: 030.3138882
- Email: [wahlkreisbuero@frank-jahnke.de](mailto:wahlkreisbuero@frank-jahnke.de)

Bitte senden Sie eine Mail, wenn Sie den Newsletter online beziehen möchten.

Öffnungszeiten (SPD-Wahlkreisbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin): Mo-Fr, 14-18 Uhr.

V.i.S.d.P.: MdA Frank Jahnke, Wahlkreisbüro,  
Goethestr. 15, 10625 Berlin.